## Inhaltsverzeichnis

Vorv	wort	V
Inha	ltsübersicht	VII
Abk	ürzungsverzeichnis	VII
A.	Einleitung	1
B.	Technische Ausgestaltung	14
I.	Offene Blockchains	14
	Struktur der verteilten Regelbildung in Blockchains	15
	a) Verteiltes Entscheidungsregister	15
	b) Verteilte Entscheidungsfindung	16
	c) Pekuniäres Anreizsystem	16
	2. Bitcoins Technische Ausgestaltung	17
II.	Geschlossene Blockchains	22
C.	Governance in Blockchains	25
I.	Blockchains als verteilte Transaktionsräume und Register	27
	1. Registrierung auf Basis der Blockchain	31
	2. Legitimierende Wirkung des Arbeitsnachweises	32
	3. Zwischenergebnis	35
II.	Streitschlichtung auf Basis von Blockchains	35
III.	Peer-to-Peer-Governance in Blockchain-Organisationen	39
IV.	Möglichkeit und Probleme nicht-proprietärer Governance	42
	1. Hardins Dilemma im virtuellen Raum	43
	2. Potential einer Tragedy of the Anti-Commons	49
D.	Anforderungen an eine normative Struktur für die	
	Blockchain-Governance und auf ihr basierende	
	Blockchain-Anwendungen	52
I.	Blockchains im Kontext der Regulierung des Internets	53

	<ol> <li>Prohibition als falscher Weg</li> <li>Cyber-Anarchie und Selbstregulierung</li> <li>Herausforderungen bei der Ausrichtung auf den Verifikationsprozess und blockchainbasierte Dienste</li> </ol>	<ul><li>54</li><li>54</li><li>56</li></ul>
II.	Wahrung der Blockchain-Neutralität und Ausrichtung der Perspektive auf Finanzierungsdienste	59
III.	Vorschlag einer Regulierten Selbstregulierung der Blockchains	64
	<ol> <li>Code als Regulierungsinstrument         <ul> <li>a) Rechtswirkung elektronischer Signaturen</li> <li>b) Staatliche Aufsicht und Governance-Strukturen</li> </ul> </li> <li>Regulierungsmodell der EBA: Einrichtung einer Governance-Organisation</li> </ol>	67 68 69 73
	3. Zwischenergebnis	75
IV.	Risikostruktur bei der Nutzung der Blockchains als	
17.	Finanzierungsdienste	77
	Unvermeidbare Zeitverzögerungen im Verifikationsprozess	78
	2. Ausschluss des Liquiditätsrisikos	80
	3. Intransparenz und Selbstvollstreckung	81
	4. Zwischenergebnis	84
V.	Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	84
	1. Auswirkungen der Geldwäsche	86
	a) Implikationen im Hinblick auf die organisierte Kriminalität	86
	<ul><li>b) Implikationen im Hinblick auf die Terrorismusfinanzierung</li><li>2. Drei-Phasen-Modell</li></ul>	87 88
	a) Platzierung	88
	b) Verschleierung	89
	c) Integration	90
	3. Die Geldwäscheaffinität virtueller Währungen	90
	a) Entbehrlichkeit des physischen Kontakts zum Intermediär	91
	b) Möglichkeit eines unmittelbaren Geldtransfers zwischen	0.1
	Privatpersonen	91
	Quelle	93
	d) Grad der Akzeptanz als wesentlicher Faktor des	
	Missbrauchspotentials	94
	4. Ausgestaltung eines wirksamen Instrumentariums	94
	a) Instrumentalisierung der Blockchain und der Intermediäre zur	
	Geldwäsche- und Terrorismusbekämpfung	95
	aa) Dokumentation in Blockchainsbb) Instrumentalisierung der Finanzintermediäre im Ökosystem	95
	der virtuellen Währungen	96
	cc) FATF-Empfehlungen zur Ausformung des Pflichtenkatalogs	98

	Inhaltsverzeichnis	XI
	(1) Risikobasierter Ansatz	98 99
	1	102
VI.	Erwägungen zum Verbraucherschutzes im Allgemeinen sowie zum Einlegerschutz im Speziellen	103
	Verbraucherschutz als regulatorischer Gesichtspunkt	
	von Verbrauchern	104
	b) Implikationen des Kräfteungleichgewichts zwischen Verbrauchern und Unternehmern	105
	Ausformung im öffentlichen Recht	
	unzureichende Verhandlungsmacht der Einleger	
	Angriffsvektoren	
VII.	Regulierung der Geldmenge	
	des Fiatgeldes	116
	a) Abgrenzung vom Buchgeld: Keine Forderungen als Zahlungsmittel	<ul><li>117</li><li>118</li><li>119</li></ul>
	<ul><li>b) Zentrale Emission kryptografischer Geldeinheiten</li></ul>	121
	und eine fixe Gesamtgeldmenge	
VIII.	Vertrauen und Wertstabilität	

E.	Behandlung von Finanzgeschäften	
	mit virtuellen Währungen nach dem geltenden Recht	128
I.	Emissionshoheit des Staates	128
II.	Gesetz über das Kreditwesen und Nebengesetze	129
	1. Regulatorische Einordnung von Geschäften mit virtuellen Währungen	129
		130
	aa) Mindestreserve	133
	bb) Einlagensicherung	135
	cc) Eigenmittelanforderungen	
	b) Virtuelles Geld als Rechnungseinheit	
	aa) Der Begriff der Devisen als Ausgangspunkt	
	bb) Rechnungseinheiten müssen nicht hoheitlich anerkannt sein	138
	cc) Herleitung des Begriffs der Rechnungseinheit aus einer	400
	geldfunktionalen Perspektive	139
	dd) Subsumtion des virtuellen Geldes unter den funktionellen	1.40
	Begriff der Rechnungseinheit	140
	von virtuellem Geld	1/12
	aa) Gewerbsmäßigkeit oder Vollkaufmann	
	bb) Inlandsbezug	
	cc) Geschäftsarten mit virtuellem Geld	
	(1) Mining	
	(2) Wallet-Dienste	147
	(3) An- und Verkauf von virtuellem Geld	149
	(4) Virtuelle Handelsplattformen für Kryptowährungen	
	2. Anwendbares aufsichtsrechtliches Instrumentarium	
	a) Anforderungen an das Anfangskapital	
	b) Liquiditätsanforderungen	
	c) Zuverlässigkeit von Antragsteller und Geschäftsleiter	
	d) Fachliche Eignung der Geschäftsleiter	
777		
III.	Gesetz über die Beaufsichtigung von Zahlungsdiensten	
	1. Klassifizierung von Zahlungsdiensten mit virtuellen Währungen	160
	a) Erlaubnispflicht für Zahlungsinstitute	160
	bb) Zahlungsgeschäft	
	cc) Finanztransfergeschäft	162
	aa) Kryptowährungen sind kein E-Geld	
	bb) Entwicklung eines die virtuellen Währungen ausklammernden	
	E-Geld-Begriffs in der europäischen Gesetzgebung	165
	2. Darstellung der formellen und materiellen Instrumente	169

	Inhaltsverzeichnis	XIII
	a) Anforderungen an das Anfangs- und Eigenkapital	170
	aa) Anforderungen an Zahlungsinstitute	170
	(1) Anfangskapital	170
	(2) Angemessenes Eigenkapital	170
	bb) Anforderungen an E-Geld-Institute	171
	(1) Anfangskapital	171
	(2) Angemessenes Eigenkapital	
	b) Sicherungsanforderungen für die Entgegennahme von Geldbeträgen	172
	aa) Zur Erbringung von Zahlungsdiensten	172
	bb) Für die Ausgabe von E-Geld	
	c) Eingeschränkte Kreditgewährung	
	d) Ausgabe sowie Rücktauschbarkeit zum Nennwert	
	e) Entgeltregulierung	
	f) Zuverlässigkeit und fachliche Eignung	
	3. Stellungnahme	175
IV.	Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten	
	sowie spezialgesetzliche Vorschriften zur Bekämpfung von Geldwäsche .	178
	1. Kreis der Normadressaten	179
	a) Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute	
	b) Zahlungsinstitute	
TIT	c) Weitere Verpflichtete	
	2. Pflichtenkatalog	
	a) Risikoorientierter Ansatz	
	b) Identifizierung des Vertragspartners	
	c) Ermittlung des Geschäftszwecks	
	d) Identifizierung des wirtschaftlich Berechtigten	
	e) Kontinuierliche Überwachung der Geschäftsbeziehung	184
	aa) Erforderlichkeit einer kontinuierlichen und dynamischen	101
	Erfassung	
	cc) Periodische Aktualisierung	
	dd) Ermittlung der Vermögensherkunft	
	f) Interne Sicherungsmaßnahmen	
	aa) Geldwäschebeauftragter	
	bb) Risikoorientierte Maßnahmen in Bezug auf die Beschäftigten	
	g) Pflichtauslösende Tatbestände	
	aa) Begründung einer Geschäftsbeziehung	
	bb) Im Zusammenhang mit Transaktionen stehende Tatbestände	
	(1) Transaktionen außerhalb einer bestehenden	
	Geschäftsbeziehung	192
	(2) Verdacht der Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung	
	h) Meldung von Verdachtsfällen	
	3. Stellungnahme	
V.	Erweiterung des Adressatenkreises der Vierten Geldwäscherichtlinie	199

r.	Regulatorische Ansatze in den USA	202
I.	Struktur der Aufsicht über den Zahlungsverkehr	203
II.	Übersicht über die Entwicklung der regulatorischen Ansätze	204
	1. Divergente Regulierungskonzepte in den US-amerikanischen	204
	Bundesstaaten	<ul><li>204</li><li>208</li></ul>
III.	Analyse der Regulierungskonzepte für den Markt der virtuellen	• • • •
	Währungen State Bark Samming 1	209
	Regulierungsmodell der Conference of State Bank Supervisors und der Uniform Law Commission	210
	a) Grundlegende Ausrichtung der Regulierung	
	b) Beachtung der Blockchain-Neutralität	211
	c) Ausrichtung auf Finanzierungsdienste auf Basis von Blockchains sowie die zentrale Administration virtueller Währungen	212
	d) Reziproke Lizenzierung sowie erleichterter Marktzutritt für	212
	Startups	213
	e) Finanzielle Integrität der Intermediäre	
	f) Information der Verbraucher	
	a) Definition des Begriffs der virtuellen Währung	
	b) Erlaubnispflichtige Geschäfte mit virtuellen Währungen	
	c) Fortentwicklung der Software und nicht-monetäre Anwendungen	
	als Ausnahmetatbestände	
	d) Sicherung der finanziellen Integrität	
	bb) Volle Deckung der Kundeneinlagen	
	cc) Verbot von Geschäften mit Kundeneinlagen	
	e) Cybersecurity-Maßnahmen	
	f) Dezidierte Informationspflichten	223
	Terrorismusfinanzierung	223
IV.	Stellungnahme	
17.	Sienanghailme	<i>22</i> ¬
G.	Ergebnisse	229
I.	Regelungsgegenstände	229
II.	Ausrichtung der Regulierung	231
III.	Normative Anforderungen	232
IV.	Defizite im geltenden Recht	235

Inhaltsverzeichnis	XV
Anhang: Kurzfassung der Ergebnisse	239
Appendix: Summary of results	242
Literaturverzeichnis	245
Sachverzeichnis	261